

EU-Sanktionen gegenüber Russland auf dem Prüfstand

Brüssel sonnt sich in weiterer Machtfülle und vergisst die Diplomatie – ein gefährliches Spiel¹

Von Siegfried Franke

1. Es begann mit der Krim-Besetzung 2014

Die von der EU nach der Annexion der Krim² gegen Russland verhängten Sanktionen wurden zwar seit 2014 immer wieder verlängert und insbesondere nach dem Beginn des Truppenaufmarsches an der Grenze zur Ukraine seit dem März 2021 verschärft, dümpelten aber weitgehend ergebnislos vor sich hin. Zwar wurde auch der Energiesektor sanktioniert, dennoch trieb z.B. Deutschland mit seiner verfehlten Energiewende die Abhängigkeit vom russischen Gas weiter voran. Politisch bewirkten die Maßnahmen nichts: Die russische Fahne wehte und weht weiterhin über der Krim.

Am 21. Februar 2022 hat Putin mit einem Dekret die „Volksrepubliken „Luhansk“ und „Donezk“ als unabhängige Staaten anerkannt. Damit endete offensichtlich das monatelange Besuchskarussell westlicher Politiker am berühmten langen Tisch mit Putin im Kreml. Daraufhin zog die Europäische Union (EU) noch einen Tag, also am 23. Februar 2022, bevor der mit dem Aufmarsch von 150.000 Soldaten an den Grenzen zur Ukraine vorbereitete Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 begann, das erste Sanktionspaket aus der Schublade. Der Beginn des russischen Krieges mit dem Einmarsch am 24. Februar 2022 und dem Versuch, den Hauptflughafen in der Nähe Kiews am 25. Februar 2022 sowie wichtige Staatsinstitutionen unter Kontrolle zu bekommen, hat Brüssel in eine fortwährende Betriebsamkeit versetzt. Nach dem ersten Sanktionspaket vom 23. Februar 2022 wurden in eiliger Folge neun weitere Pakete geschnürt, wobei das zehnte Paket vom 25. Februar 2023 sicher nicht das letzte gewesen sein dürfte. Inzwischen bastelt Brüssel bereits an einem elften Paket, das sich insbesondere gegen Drittstaaten richtet, die im Verdacht stehen, mit ihren Handelsbeziehungen zu Russland die EU-Sanktionen zu umgehen. Dabei ist festzuhalten, dass schon im dritten Paket Sanktionen gegen Drittstaaten vorgesehen sind.

Dass auf schwere Brüche des Völkerrechts reagiert werden muss, ist unbestritten. Die Frage ist, mit welchen Mitteln? Sanktionen schädigen eher die Außenwirtschaft des Westens, ohne die erwünschten politischen Wirkungen in den sanktionierten Ländern zu zeigen.³ Dennoch fährt die EU unbeirrt fort und gerät inzwischen mit ihrer Sanktionspolitik in eine gefährliche Sackgasse, aus der sie offenbar immer schwerer herauszufinden scheint.

¹ Schriftliche Fassung des Vortrags beim Regionaltreffen der Wirtschaftsgilde e.V. am 14. Juni 2023 in Heidelberg.

² Formell mit der Eingliederung in die Russische Föderation am 18. März 2014 abgeschlossen.

³ Klaus v. Dohnanyi: Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, München: Siedler, 3. Aufl., S. 215.

2. Zur Spannweite apodiktischer Festlegungen

(1) Thilo Sarrazin hat mehrfach deutlich gemacht, dass Russland diesmal „gehörig eins auf den Deckel kriegen muss“, damit es mit seinen Zündeleyen und Drangsalierungen der Nachbarstaaten, wenn schon nicht für immer, so doch für lange Zeit aufhört.

Demgegenüber erklärt der emeritierte Professor für Soziologie und Konfliktforschung, Erich Weede (Universität Bonn), dass die Kombination aus Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine „brandgefährlich“ sei. Diese Sorge treibt auch den ungarischen Ministerpräsidenten um; schließlich grenzt Ungarn unmittelbar an die Ukraine an, und es sind bereits eine große Zahl an Soldaten gefallen, die nach ungarischem Verfassungsverständnis der ungarischen Volksgemeinschaft angehören.

(2) Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, pocht immer wieder darauf, dass die Sanktionen ein wichtiges Signal der Geschlossenheit der EU gegenüber autokratischen Staaten sind.

Im Gegensatz dazu zog Tamás Deutsch (Leiter der Fidesz-Abgeordneten im EU-Parlament) den Schluss, dass die Brüsseler Bürokratie mit ihrer Sanktionspolitik gescheitert ist. Offenbar nimmt sie die Wirtschaftskrisen, steigende Energiepreise und die Inflation als Kollateralschäden für die EU-Volkswirtschaften hin. Es ist längst an der Zeit, dass Europa seine eigenen Interessen vertritt. Offensichtlich fungiert Deutsch hier als Sprachrohr von Viktor Orbán.

Die in (2) skizzierten Meinungen zeigen zwei unterschiedliche Bewertungsebenen, nämlich zum einen eine rein politische und zum anderen eine rein ökonomische. Tatsächlich sind die beiden natürlich miteinander verwoben, weil das „Instrumentenbündel“, nämlich die ökonomischen Sanktionen, offensichtlich die erwünschten politischen Änderungen – wie jahrzehntelange Erfahrungen zeigen – nicht herbeiführen. Der Verweis auf wirtschaftliche Nachteile im sanktionierten Staat bei Negierung eigener Schäden ist offenkundig keine rationale Politik und zeugt vom Versagen der eigenen Diplomatie.

3. Ein großer Anspruch: Die GASP als Grundlage externer Sanktionen

Sobald Brüssel seine Werte in Gefahr sieht, greift es zu Sanktionen. Davon weiß Ungarn ein Lied zu singen, dem seit geraumer Zeit nicht nur gedroht wird, sondern auch fortlaufend Mittel auf Eis gelegt oder vorenthalten werden, weil es angeblich die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen trete und die Demokratie gefährde. Darauf will ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen; die damit verbundenen Wertungen und Probleme würden nämlich mehr als nur ein eigenes weiteres Referat erfordern.

Zu diesen *internen* Sanktionen, die sich gegen Mitgliedstaaten der EU selbst richten, kommen *externe* Sanktionen, die nach Aussage der EU ein wichtiges Instrument im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist. Damit will sie zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Konfliktverhütung und Friedenssicherung auch in und zwischen Drittstaaten beitragen.

Der „Folterkasten“ enthält „restriktive Maßnahmen“ bzw. „Sanktionen“, womit hauptsächlich Wirtschaftssanktionen gemeint sind. Hinzu kommen sonstige verfügbare Mittel, die sich zugleich gegen Institutionen sowie gegen natürliche und juristische Personen richten. Dazu gehören der Ausschluss von Finanzinstituten vom SWIFT-System, aber auch Reiseverbote und die Einfrierung oder Beschlagnahme von Vermögenswerten (Stichwort: Luxusyachten der sogenannten Oligarchen). Mit alledem will die EU eine Änderung der Politik in den sanktionierten Ländern bewirken. Mildernd fügt sie hinzu, dass die Sanktionen Teil eines ganzheitlichen und umfassenden politischen Ansatzes sind, zu dem auch der **politische Dialog**, flankierende Bemühungen und sonstige verfügbare Mittel gehören. Und natürlich sollen die Sanktionen die ohnehin gebeutelte Bevölkerung der betroffenen Länder so weit wie möglich schonen.

4. Wie groß ist der Schaden? Und bei wem?

Ohne Zweifel treffen die restriktiven Maßnahmen Russland und fordern den Kreml zu Reaktionen heraus. Produktionspläne müssen geändert werden, die Lücke, die durch bislang vom Westen gelieferte Produkte und Vorprodukte entstanden ist, muss durch eine Neuordnung der Lieferketten kompensiert werden, technisches Know-how ist schwer zu bekommen, Schlupflöcher müssen gesucht werden, Rohstofflieferungen in den Westen sind reduziert, Einnahmefälle sind auszugleichen, Steuern und Abgaben werden erhöht und Zahlungsabwicklungen gestalten sich schwieriger. Außerdem verlassen viele junge Leute das Land. Damit wird die ohnehin leidgeprüfte russische Bevölkerung zusätzlich belastet.

Ebenfalls nicht zu bestreiten ist, dass der Westen, d.h., seine Wirtschaft und letztlich auch die Bevölkerung, Schaden nimmt. Je länger die Sanktionspolitik andauert und je stärker sie verschärft wird, um so mehr leiden beide Seiten. Um das festzustellen, reicht der gesunde Menschenverstand. Unternehmen fahren ihre Investitionen herunter oder verlegen sie in andere Länder, Betriebe geben auf, und die ehrlich gerechnete Arbeitslosigkeit steigt. Nicht zuletzt ächzen die Bürger unter den steigenden Preisen für Nahrungsmittel und Energie. Viele können kaum noch ihre Familie über den Monat bringen.

Welche der beiden Seiten – monetär gerechnet – den höheren Schaden davon trägt, ist seriös kaum zu berechnen. Die fortlaufende Verlängerung und Verschärfung der Sanktionen, ohne dass greifbare politische Änderungen erzielt werden, deutet indessen darauf hin, dass die EU die höhere Leidensfähigkeit der Bevölkerung in autokratisch-diktatorischen Staaten zynischerweise mit ins Kalkül nimmt.

Was die EU anlangt, so ist ehrlicherweise hinzuzufügen, dass ein nicht geringer Teil des Schadens auch coronabedingt ist. Hinzu kommen die partiell geldmengenbedingte Inflation sowie die Lasten, die die EU der Wirtschaft und den Bürgern in immer kürzeren Abständen im Rahmen ihres „Green Deals“ aufbürdet. Wobei, nicht nur nebenbei bemerkt, die „Ampel“ in Berlin beim „Green Deal“ immer noch mehr draufsatteln möchte – Stichwort: dräuendes Verbot von Gas- und Ölheizungen, verpflichtende Verschärfung von Wärmedämmungen und verpflichtender Einbau von Wärmepumpen. Und Ungarn hat durch seine Sondersteuern und seine diversen „Preisdeckel“, wenn auch ungewollt, aber dennoch mit beträchtlichen Nebenwirkungen, auch einen Teil der Preissteigerungen mit verursacht.

Schließlich geraten weitere Drittstaaten ins Visier Brüssels, wenn sie Handel mit Russland betreiben, der in Verdacht steht, EU-Sanktionen gegen Russland zu unterlaufen. So sieht das achte Paket Sanktionen gegen Staaten vor, wenn Schiffe unter ihrer Flagge Rohöl aus Russland transportieren, das den Ölpreisdeckel von US-\$ 60 pro Barrel überschreitet. Mit dem zehnten Paket droht Ländern der Verlust zum Zugang westlicher Märkte, wenn sie Importgüter weiter nach Russland leiten, deren direkte Lieferung von EU-Staaten nach Russland untersagt ist. Bekannt ist z.B., dass manche dieser Länder plötzlich einen hohen Import von Kühlschränken und anderen elektronischen Geräten aufweisen, die dann ihren Weg nach Russland finden. Dort werden sie „ausgeschlachtet“, um an die begehrten Chips zu kommen, die in Waffensystemen eingesetzt werden können. Wie oben erwähnt, ist beabsichtigt, mit dem elften Paket hier noch draufzusatteln.

5. Die EU im Regulierungs- und Überwachungsrausch

Gegen Russland sind wohl in relativ kurzer Zeit die meisten Sanktionen verhängt worden. Die Liste restriktiver Maßnahmen, die seit März 2014, als Antwort auf die Annexion der Krim durch Russland bis jetzt in Kraft gesetzt wurden, und die nach dem Beginn des Angriffskrieges vom Februar 2022 erheblich ausgeweitet und verschärft wurden, umfasst sage und schreibe mehr als 50 DIN A 4-Seiten. Schaut man im Einzelnen nach, so summiert sich das alles auf eine inzwischen kaum noch überschaubare Menge an Einzelmaßnahmen.

Ministerpräsident Viktor Orbán stand den EU-Sanktionen von Anfang an aus guten Gründen skeptisch gegenüber. Zum einen zeigt – wie erwähnt – die Vergangenheit, dass sich autokratische und diktatorische Systeme von Wirtschaftssanktionen nicht beeindrucken lassen, wie die Beispiele Kuba, Nordkorea, Irak und Iran zur Genüge beweisen. Auch jetzt wusste Russland in kürzester Zeit Schlupflöcher aufzutun. Zum anderen erleiden Wirtschaft und Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten immer größeren Schaden, je länger die Sanktionen andauern. Drittens besteht die Gefahr, dass die EU dabei ist, einen gigantischen Überwachungsapparat aufzubauen, um auch nur halbwegs prüfen zu können, ob die Sanktionen auch eingehalten werden. Eine weitere Machtfülle deutet sich schon an. Bislang oblag die Überwachung und die Strafverfolgung den Mitgliedstaaten. Nun ist die derzeitige schwedische Ratspräsidentschaft gehalten, einheitliche Vorschriften zu formulieren, die dann unionsweit gelten sollen.

Dass Brüssel stets auf der Suche ist, sich neue Kompetenzen zu Lasten der Mitgliedstaaten, die die eigentlichen Träger und Hüter der Verträge sind, anzueignen, ist seit langem zu verzeichnen. Rohmilchkäse-Verordnungen, Treppenstufenbreite und Regulierungen für Führerscheine sind dabei nur kuriose Nebenschauplätze, richtig drastisch wird es bei der beabsichtigten Netzüberwachung, alles natürlich nur, um der Geldwäsche zu trotzen sowie um Hass und Hetze zu bekämpfen. Hinzu tritt ein Umfang an Ziel- und Maßnahmenvorgaben im Rahmen des „Green Deal“, der selbst ausdifferenzierte Kostenrechnungssysteme weltumspannender Konzerne weit in den Schatten stellt.⁴ Die EU-Sanktionen bieten Brüssel

⁴ S. in dem Zusammenhang Stefan Beutelsbacher: Wirtschaft. Neue EU-Gesetze. „Damit schießt sich unser Standort ins Abseits“ [<https://www.welt.de/245318566> – Abgerufen: 16.05.2023].

nun sicher einen dankbar angenommenen Anlass, um seine Kompetenzen und Überwachungsabsichten weiter auszudehnen.

6. Die Sogwirkung – Das gefährliche Spiel der EU

6.1 Orbáns Sorge: Die EU rutscht in den Konflikt

Vor allem jedoch befürchtet Orbán, dass die Europäische Union – je länger die Sanktionen anhalten und je intensiver einige der europäischen Staaten sowie die USA durch Waffenlieferungen militärische Hilfe leisten – in den Konflikt hineingezogen wird.⁵ Diese Position hat Orbán heftige Kritik eingetragen, wobei der Vorwurf, sich unsolidarisch zu verhalten und seine Zustimmung zu den Sanktionen mit Ausnahmen für den Öl- und Gasbezug aus Russland ertrotzt zu haben, noch der mildeste ist. Er greift freilich ins Leere, denn andere Länder profitieren – ohne es an die große Glocke zu hängen – ebenfalls von den Ausnahmen. Auf Druck Ungarns sind nur Ölimporte aus Russland ausgeschlossen, die auf dem Seeweg die EU erreichen. Polen und Deutschland wollten angeblich von dieser Ausnahme keinen Gebrauch machen. Tatsächlich bezieht aber Polen weiterhin Öl aus Russland,⁶ und Deutschlands Ölimporte aus Russland sind erst mit dem Januar 2023 auf null gesunken.⁷

Eine leicht ironische Zusatzbemerkung: Was die Gasimporte anlangt, so könnte Ungarn sicher am Balaton unter Missachtung des Natur- und Gewässerschutzes einige LNG-Terminals bauen, so wie die „Ampel“ das z.B. in Rügen rücksichtslos durchziehen will. Allerdings ist zu bezweifeln, dass Überseeschiffe aus den USA selbst bei entsprechender Ausbaggerung des Balaton den Weg hierhin nehmen.

6.2 Perfide Unterstellungen aus der EU

Besonders perfide ist die Unterstellung, dass Orbán Putins Agent sei und dessen blutiges Geschäft betreibe. Einmal mehr hebt sich die Vize-Präsidentin des EU-Parlamentes, Katarina Barley, mit Schmähungen hervor, die nach der Interpretation des woken Zeitgeistes eigentlich die Kriterien von Hass und Hetze erfüllen.⁸ Diese Vorwürfe sind, wer Ungarn und seinen Befreiungskampf gegen den Kommunismus kennt,barer Unsinn. Orbán wäre der letzte, der sich für so etwas hergibt.

⁵ Viktor Orbán: BZ-Exklusivinterview mit Ministerpräsident Viktor Orbán, Teil 2, Geopolitik. Budapest Zeitung, 21, 25.11.2022, S. 4-8 [geführt von Jan Mainka]; Roland Tichy: Wird ohne Waffenstillstand aus der Ukraine ein neues Afghanistan? In: Tichys Einblick, 28.01.2023 [tichyseinblick.de/tichyseinblick/waffenstillstand-ukraine-russland-orban/ – Abgerufen: 01.03.2023.]

⁶ Quelle: F.A.Z. Exklusiv. Polen bezieht weiter Öl aus Russland. Von Thomas Gutschker, Brüssel – aktualisiert am 16.02.2023-16:53.

⁷ Wie mir ein österreichischer Diplomat anvertraute, ist auch sein Land mit der harschen Linie Brüssels nicht immer einer Meinung. Man sei heilfroh, dass Orbán den Mund aufmache, dann müsse man es nicht selber tun. Inzwischen sind die Ölimporte aus Russland bis auf knapp 600.000 Tonnen gesunken, während der Anteil Kasachstans auf knapp drei Millionen Tonnen stieg.

⁸ Katarina Barley im Interview mit Eric Bonse, Focus 19/2023, S. 36/37.

Orbán wird des Weiteren kritisiert, weil er EU-Sanktionen gegen den Patriarchen der Russischen Orthodoxen Kirche, Kyrill I., verhindert hat. Sicher weiß Orbán vom dubiosen Werdegang des ehemaligen KGB-Agenten an die Spitze der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), und natürlich ist ihm auch bekannt, dass er den Angriffskrieg unterstützt, eng mit Putin vertraut ist und über ein Milliardenvermögen verfügt. Das alles mag er dereinst mit seinem Schöpfer allein ausmachen. Für die Realpolitik ist jedoch entscheidend, dass den einfachen Gläubigen, die mit den Widrigkeiten des täglichen Lebens zu kämpfen haben, all diese Hintergründe kaum bekannt sind. Sanktionen gegen „ihren“ Patriarchen, die der Kreml sicher ganz schnell bekanntmachen wird, werden sie jedoch als Affront werten, mit dem ihr Glaube herabgewürdigt werden soll.

Brüssel war sicher auch nicht begeistert, dass Ungarn einer Stellungnahme der EU-Staats- und Regierungschefs zum Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag für den russischen Präsidenten Wladimir Putin widersprochen hat. Es ist halt ein Elend mit hohen Gerichten, die – wie der EuGH und das BVerfG – immer öfter den Grundsatz des „judicial self-restraint“ vergessen und selten die Wirkungen ihrer Effekt heischenden Beschlüsse bedenken. Es ist ja gut möglich, dass man nicht umhin kommt, mit Putin Verhandlungen aufzunehmen, dann ist der Haftbefehl nur hinderlich. Wird er bei internen Machtkämpfen abgesetzt, bleibt immer noch Zeit für einen Haftbefehl, sollte er hingegen den Kreml nicht lebend verlassen, ist ein Haftbefehl ohnehin nutzlos.

6.3 Der Irrglaube des Josep Borrell

Brüssel und der Hohe Vertreter der EU für Außen und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, halten sich – wie erwähnt – zugute, dass EU-Sanktionen allein schon wegen ihrer Geschlossenheit ein wichtiges Signal an die autokratischen Staaten sind. Freilich blieb dieses Signal – wie die ebenfalls erwähnte Reihe der seit langem sanktionierten Länder zeigt – bislang ohne Wirkung. Dass die Oligarchen oder die Bevölkerung die Führung ihrer Länder beeindruckt und zu einer politischen Kurskorrektur veranlassen könnten, ist ein fataler Irrtum. Dem geringsten, möglicherweise auch nur denkbaren Widerspruch wird mit brutalen Mitteln begegnet. Todesfälle, die der Kreml als Selbstmorde zu kaschieren versucht, wie auch Giftmorde, die auf westlichem Boden ausgeführt wurden, sollten nachdenklich stimmen.

Vom eingangs zitierten großspurigen Anspruch, dass zu restriktiven Maßnahmen und Sanktionen auch der **politische Dialog** gehöre, ist bislang jedenfalls wenig zu spüren. Ganz im Gegenteil: Josep Borrell gab Anfang Februar 2023 dem Handelsblatt einen Gastkommentar mit dem Titel „Wir müssen der Ukraine den Sieg ermöglichen“, und er führt des Weiteren aus, dass es richtig sei, dass die Verbündeten der Ukraine ihre militärische Unterstützung aufstocken. Die Aussage, dass die Ukraine **siegen müsse**, und dass die EU **Verbündete der Ukraine** sei, wird man im Kreml sicher aufmerksamer gelesen haben als das Geplapper von Annalena Baerbock, die kürzlich Russland so nebenbei den Krieg erklärte.⁹

⁹ Passend dazu der Kommentar von Péter Szijjártó, ungarischer Außen- und Handelsminister: „In der EU herrscht immer noch eine Atmosphäre des Krieges, in der die Mitgliedstaaten in einer Art

Glaubt Borrell, glaubt Brüssel wirklich, dass Putin es zulässt, sein Gesicht zu verlieren? Was ist, wenn er sich noch lange im Kreml hält? Mit wem soll denn verhandelt werden, wenn nicht mit ihm? **Das ist ungerecht und brutal, ja! Aber so geht Macht- und Geopolitik!**

7. Macht- und Geopolitik

7.1 Die EU: Mangelnde Geschichtskennntnisse und fehlende Einsichten

Der Kreml hat oft beklagt, dass er sich vom Westen getäuscht fühle. Eine derart weite Ausdehnung der NATO nach Osten sei nicht verabredet gewesen. Unabhängig von der Frage, ob und inwieweit dieser Vorwurf zu Recht erhoben wird – das wird, wenn überhaupt, nur in späteren Jahrzehnten von Historikern zu prüfen sein –, liegt jedoch auf der Hand, dass eine geopolitische Großmacht wie Russland sich durch die Ausdehnung der NATO bedroht sieht. Das Gesuch der Ukraine – wenn auch abgelehnt – in die NATO aufgenommen zu werden, hat die Sorgenfalten in Moskau sicher nicht geglättet. Vielen ist offenbar nicht klar, dass Russland das flächenmäßig größte Land der Erde ist, das nicht nur im Westen NATO-Staaten gegenübersteht, sondern auch im Osten nur durch den schmalen Meeresstreifen der Beringstraße von Alaska, also dem NATO-Staat USA, getrennt ist. Auch Kanada, ebenfalls ein NATO-Staat, ist im Osten nicht weit von Russland entfernt. Schließlich arbeiten die USA, Japan und Australien seit Anfang 2022 an einem Militärbündnis, das sich gegen Chinas Machtansprüche wendet, aber mit Japan auch an der Ostseite Russlands positioniert ist.¹⁰ Natürlich stellt sich für ein derart riesiges Land mit einer Bevölkerungsstärke von nur knapp 144 Millionen Menschen, von denen etwa 80 Prozent ethnische Russen sind (Stand: 2021), eine geopolitische Sicherheitsfrage von immenser Bedeutung. Wie lassen sich die riesigen bevölkerungsarmen, aber rohstoffreichen Flächen jenseits des Urals schützen, wenn schon die Westgrenze große Aufmerksamkeit erfordert?

Eine kleine Erinnerung: Alaska gehörte einst zum russischen Reich.¹¹ Allerdings kamen dem Zarenreich immer größere Bedenken, diesen Landesteil gegenüber etwaigen Angriffen zu verteidigen. Das brachte Zar Alexander II. dazu, diesen Landesteil den USA zum Kauf anzubieten, anstatt Gefahr zu laufen, ihn in einer kriegerischen Auseinandersetzung ohnehin zu verlieren. Schließlich wusste man, wie sich die USA mit Waffengewalt von Ost nach West konsolidiert und sich auch Texas und Nordmexiko unter den Nagel gerissen hatten. Bekanntlich wechselte Alaska dann für 7,2 Millionen Dollar den Besitzer und wurde Teil der USA.¹²

aufgeregter Selbstgefälligkeit über Waffenlieferungen schwelgen.“ In: Budapester Zeitung, Nr. 91, 15. Mai 2023, S. 5 und 9.

¹⁰ Großbritannien hat Ende 2022 signalisiert, dass es sich dem Militärbündnis anschließen will.

¹¹ Vgl. zum Folgenden: v. Dohnanyi: Nationale Interessen, a.a.O., S. 39 f.; Tim Marshall: Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 20 Karten erklären lässt, München: dtv, akt. und erw. Neuauflage 2021, S. 20 ff., 93.

¹² Kritiker, die meinten der Preis sei übersteuert gewesen, wurden eines Besseren belehrt, als man Gold und Öl fand. Möglicherweise hat auch Russland den Verkauf bald bedauert, allerdings bleibt die Frage, ob dann die Begehrlichkeit nach Alaska nicht besonders angefacht worden wäre, und wie man den weit entlegenen Landesteil vor Angriffen hätte schützen können. Interessant ist jedoch, dass aus der Umgebung Putins immer wieder folgender Slogan auftaucht: „Alaska gehört uns.“ Tagesspiegel,

Auch wenn im Westen die Meinung herrscht, dass doch niemand Russland anzugreifen gedenkt, so ist doch zu akzeptieren, dass Russland es anders empfindet: Dort erinnert man sich, dass das Land in den letzten 500 Jahren mehrfach vom Westen her überrannt wurde.¹³ Marshall weist außerdem darauf hin, dass Russland als Großmacht in großen Zeiträumen denkt:

„Wer hätte vor 100 Jahren gedacht, dass amerikanische Streitkräfte nur einige Hundert Kilometer von Moskau entfernt in Polen und im Baltikum stationiert sein würden? Bereits 2004, also nur 15 Jahre nach 1989, war jeder einzelne ehemalige Mitgliedstaat des Warschauer Paktes außer Russland selbst Mitglied der NATO oder der Europäischen Union geworden.“¹⁴

7.2 Putins „alte Landkarten“ und seine „Spezialoperation“

Natürlich war Wladimir Putin klar, dass er – auch wenn er von alten Landkarten redet – die Ukraine nicht problemlos in die Russische Föderation eingliedern kann. Dazu wären die Widerstände in der Bevölkerung einfach zu groß. Es kam ihm vielmehr darauf an, in Kiew Schlüsselpositionen in der Regierung [Präsident, Verteidigungsministerium, Innenministerium (Polizei; Geheimdienste) usw.] sowie in der zentralen Fernseh- und Rundfunkstation und in der Presse zu besetzen, um sich einen russlandfreundlichen Vasallenstaat zu schaffen, ähnlich wie Weißrussland. Dazu war es nötig, den zentralen Flughafen Hostomel in der Nähe Kiews zu besetzen. Die von Weißrussland her am 25. Februar 2022 einfliegenden Kampfhubschrauber sollten den Flughafen erobern, so dass bereits anfliegende Transportmaschinen Elitetruppen und militärisches Gerät anlanden könnten. Die Einnahme Kiews und die Besetzung der Institutionen wären dann nur noch eine Sache von zwei, drei Tagen gewesen. Offensichtlich hat die militärische Führung Russlands den Kampfeswillen und das Geschick der ukrainischen Verteidiger unterschätzt, so dass die Transportmaschinen noch in der Luft abdrehten und zurückflogen. Möglicherweise waren die Geheimdienste auch nicht hinreichend darüber informiert, in welchem Umfang die Infiltrierung der ukrainischen Institutionen mit russlandaffinen Figuren schon gelungen war, so auch die Auffassung des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen.

In der kurzen, aber wechselvollen Geschichte der Unabhängigkeit der Ukraine gab es ja schon russlandhörige Regierungen. Erinnert sei an die sogenannte Maidan-Revolution 2013/2014. Die EU hatte ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine geschlossen, ohne sich im Vorfeld in genügender Weise diplomatisch mit Moskau abzustimmen. Auf Druck Russlands verweigerte der damalige Präsident Viktor Janukowytsch dem ausgehandelten Abkommen seine Unterschrift. Es ist hier nicht der Raum, um das folgende Geschehen detailliert darzustellen. Es kam zu Protesten, insbesondere der jüngeren Generation, zu Wahlfälschungen

08.07.2022, 09:54 Uhr: Putin-Vertrauter droht USA: „Alaska gehört uns!“ – Werbetafeln in Sibirien aufgestellt. In Russland verschärft sich die Rhetorik gegenüber dem Westen weiter. Sogar ein US-Bundesstaat wird nun zu Propaganda-Zwecken genutzt [https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/alaska-gehört-uns--werbetafeln-in-sibirien-aufgestellt-5150965.html – Abgerufen: 19.05.2023].

¹³ v. Dohnanyi: Nationale Interessen, a.a.O., S. 58; Marshall: Die Macht der Geographie, a.a.O., S. 21.

¹⁴ Ebenda, S. 22.

durch russlandaffine wie auch durch westlich orientierte Kreise, und es gab ein brutales Vorgehen der Sicherheitskräfte, die Vergiftung des unterlegenen westlich orientierten Kandidaten Viktor Juschtschenko, der schon einmal Präsident von 2005 bis 2010 war, sowie schließlich die Flucht des von Russland unterstützten Janukowytsch. Es ist wohl auch kein Geheimnis dass sich der Westen – unter anderem durch die finanzielle Unterstützung von Demonstranten durch George Soros – einmischte. Ziemlich kurz danach besetzte Russland die Krim und begann mit kriegerischen Scharmützeln im Osten der Ukraine, der eher russlandorientiert ist. Dabei ging es um die eingangs erwähnten Gebiet Luhansk und Donezk. Wer und in welchem Umfang zum Scheitern der Minsker Abkommen, mit denen der Konflikt gelöst werden sollte, beigetragen hat, bedarf einer eigenständigen Untersuchung. Sicher ist jedoch, dass ihr Scheitern mit zum Krieg in der Ukraine beigetragen hat.¹⁵

Vor diesem Hintergrund wird die oben geäußerte Vermutung klar, dass es Putin darauf ankam, Schlüsselpositionen in Kiew mit russlandfreundlichen Politikern zu besetzen. Dazu ist es natürlich erforderlich, lange im Vorfeld die entsprechenden Institutionen zu unterwandern, um sicher zu gehen, dass die Wende mit überschaubarem militärischem Einsatz gelingt. Das ist – wie erwähnt – offensichtlich nicht in hinreichendem Maße geschehen. Und nicht zuletzt hätte die militärische Führung Russlands mit einem deutlich größerem Einsatz den Angriff auf den zentralen Flughafen planen und durchführen müssen.

Dies alles hat Putin in die Situation gebracht, den als „Spezialoperation“ gedachten kurzen militärischen Einsatz immer weiter auszudehnen und zu verlängern, so dass er inzwischen selbst vom Krieg spricht, auch wenn er ihn dem Westen anlastet (9. Mai 2023: „Gegen unser Vaterland wurde ein echter Krieg entfesselt.“).

Es liegt also auf der Hand, dass Putin in einer Zwickmühle steckt, die es ihm kaum erlaubt, durch einen Rückzug oder durch eigene Friedensinitiativen sein Gesicht zu wahren. Um so mehr kommt es auf diplomatisch geschicktes Handeln des Westens an, d.h. auch der EU!

Leider scheint die EU aus dem Desaster des nicht hinreichend diplomatisch vorbereiteten Assoziationsabkommen mit der Ukraine nichts gelernt zu haben, und sie versteht die geopolitischen Überlegungen und Sorgen Russlands nicht. Anders ist weder Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die den EU-Mitgliedsantrag der Ukraine mit den Worten „Wir wollen Sie bei uns haben“ begrüßte, noch Borrells „Siegestraum“ zu verstehen. Der Kreml hat sicher auch die Präambel des Vertrags über die Europäische Union (EUV) gelesen, in dem es heißt, dass der Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe gehoben werden soll, und dass eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt wird. Wenn man, wie Russland, gewohnt ist, in langen Zeiträumen zu denken, dann

¹⁵ Der Westen hat sich in den sogenannten Minsker Abkommen (Minsk I und Minsk II) von 2014 und 2015 bemüht, den Konflikt um die Gebiete Luhansk und Donezk zu entschärfen. Der in diesem Zusammenhang oft erwähnte Ausdruck von den Gesprächen im Normandie-Format gehen darauf zurück, dass die Gespräche zwischen Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine am 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie begannen. Ob und inwieweit Russland dem ganzen Abkommen von vornherein misstrauisch gegenüberstand und den Versuch darin sah, über den Tisch gezogen zu werden, ist ohne tiefere Einblicke in die geheimen Verhandlungsprotokolle kaum zu beurteilen. Sicher ist, dass sich auch die Ukraine kompromissbereiter hätte zeigen können. Nadelstiche, wie etwa das Sprachengesetz, waren sicher kontraproduktiv.

blitzt doch die Idee auf, dass sich die Ukraine mit der Aufnahme in die EU auch in eine angestrebte militärische Zusammenarbeit begibt. Borrells „Siegestraum“ liefert einen Vorgeschmack davon.

Die Antwort auf Borrells „Siegestraum“ kam jedenfalls postwendend: Russland stationiert taktische Atomwaffen in Weißrussland – ein „schöner Erfolg“ für den „Chefdiplomaten“ der EU. Nicht zuletzt sei angefügt, dass die undurchdachte US-amerikanische Außenpolitik zunehmend zum Schulterchluss von Russland und China führt.

8. Fazit: Die EU als ahnungsloser Akteur

Vor der gefährlichen Sogwirkung, in militärische Verwicklungen mit nicht vorhersehbarem Ausgang gezogen zu werden, hat Viktor Orbán von Anfang an zu Recht gewarnt.¹⁶ Darin liegt er auf einer Linie mit Klaus von Dohnanyi, dem ehemaligen Ersten Bürgermeister von Hamburg, der ganz sicher nicht extremer Positionen verdächtig ist. Er fordert:

„Deutschland sollte einer Verlängerung von Sanktionen gegenüber Russland nicht mehr zustimmen, da zum einen die bisherigen Sanktionen nicht die erwünschten Ergebnisse erbracht haben und zum anderen unser nationales Interesse in einer nachdrücklichen Entspannung gegenüber Russland besteht.“¹⁷

Dass nun auch noch China einen Schulterchluss mit Russland signalisiert, verschiebt die geopolitischen Gewichte ganz entscheidend. Das hatte sich die EU und vor allem die USA sicher anders gedacht. Ihre Macht- und Moralansprüche verhalten sich diametral zu ihren Geschichtskennntnissen und ihren geopolitischen Einsichten.

Prof. em. [Universität Stuttgart] Dr. rer. pol. habil. Siegfried F. Franke ist Gastprofessor an der Andrassy Universität Budapest.

¹⁶ Dessen ungeachtet beteiligt sich Ungarn, auch wenn dies nicht groß propagiert wird, sehr effektiv mit seiner Luftwaffe an der Luftraumüberwachung über dem Baltikum. Im April 2023 wurde außerdem lanciert, dass Ungarn in begrenztem Umfang Waffenexporte in die Ukraine gestattet habe (über den Luftraum; Hubschrauber). Als Quelle vermutet man die USA, allerdings hat Ungarns Außenministerium dies strikt dementiert. Tatsache ist jedoch, dass Ungarn seine Verteidigungsfähigkeit in der Zusammenarbeit mit Rheinmetall deutlich stärken will. So wird Rheinmetall in Zalaegerszeg den derzeit modernsten Schützenpanzer Lynx herstellen. Davon hat Ungarn bereits 200 Stück bestellt. Und in Várpalota wird Rheinmetall eine der größten Produktionsstätten für entsprechende Munition bauen. Zwar betonte der ungarische Verteidigungsminister Kristof Szalay-Bobrovniczky, dass die Produktion des ersten Jahres auf jeden Fall ausschließlich für Ungarn bestimmt sei, aber je nachdem wie lange der Krieg noch dauert, könnte Ungarn in die Situation geraten, dass über den Umweg anderer NATO-Staaten Munition in die Ukraine gelangt. Das alles steht doch sehr im Gegensatz zu der von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 groß verkündeten Zeitenwende in der Verteidigungspolitik Deutschlands, die mittlerweile im Sand zu verlaufen scheint.

¹⁷ v Dohnanyi: Nationale Interessen, a.a.O., S. 215.